

PRESSEMITTEILUNG

Nachhaltige Perspektiven für Unternehmen und Innenstädte

Wirtschaftsrat fordert Lockerung des Lockdowns

Mainz, 08.02.2021. Der Landesvorstand des Wirtschaftsrates fordert die rasche Öffnung der Schulen, Kindergärten und Kinderkrippen und eine nachhaltige Perspektive für die Kulturschaffenden und die Unternehmen, insbesondere den Einzelhandel, die Dienstleister und das Gastgewerbe, so der Landesvorsitzende Frank Gotthardt. Hier sieht er auch die Kommunen gefordert.

Es gehe nicht nur um einzelne notleidende Firmen, sondern um die Gefahr, dass zentrale Grundfesten unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens dauerhaft beschädigt werden. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Schäden gerade hinsichtlich der Kleinunternehmen, des Handels und des Gastgewerbes steigen im Augenblick irreversibel stark an.

Der andauernde Lockdown habe zu massiven Umsatzrückgängen geführt, die die Unternehmen, aber auch die Beschäftigten in ihrer Existenz bedrohten. Dabei handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Vielmehr drohe aktuell eine regelrechte Insolvenzwelle. Die Politik sei daher dringend gefordert, durch eine Lockerung des Lockdowns eine Öffnung unter den bekannten Hygienemaßnahmen schnellstens zu ermöglichen. Gerade die vom Handel, den Dienstleistern, wie Friseuren und dem Gastgewerbe bereits vor der Schließung erfolgten und durchgeführten Hygienemaßnahmen böten Kunden und Beschäftigten einen wirksamen Schutz vor Ansteckung. Das Virus und die damit verbundenen staatlichen Regeln dürften die Wirtschaft in unserem Land nicht strangulieren. Es sei höchste Zeit, so Gotthardt, den Unternehmen wie auch den Kulturschaffenden eine wirkliche Perspektive für die Fortführung ihrer Arbeit zu bieten, ansonsten drohten Insolvenzen und eine Verödung unserer Innenstädte. Dazu gehört auch, die lange angekündigten finanziellen Hilfen endlich schneller und unbürokratischer fließen zu lassen.

Die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung müssen dem Schutz der Bevölkerung und unserer Gesellschaft dienen. Es müssen aber auch alle Möglichkeiten gegeneinander abgewogen werden. Die großflächige Pandemiebekämpfung könne nicht die alleinige Wahl sein.

Alternativ zu den bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie seien die staatlichen Stellen in Rheinland-Pfalz gefordert, alles dafür zu tun, Infektionsherde zu isolieren, und besonders gefährdete Mitbürger und Mitbürgerinnen durch mehr Tests besser zu schützen.

Kontakt:

Joachim Prümm

Landesgeschäftsführer

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland

Telefon: 0 61 31- 23 45 37

Telefax: 0 61 31- 23 45 48

lgs-mz@wirtschaftsrat.de